



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 17.01.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:36 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

| | |
|-------------------------|-------------------------------------------------------------------------|
| Andreas Scholtyssek | Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Harald Bartl | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Doege |
| Christoph Bernstiel | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Dr. Erwin Bartsch | Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) |
| Josephine Jahn | Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme bis 18:07 Uhr |
| Marion Krischok | Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) |
| Dr. Rüdiger Fikentscher | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) |
| Gottfried Koehn | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) |
| Wolfgang Aldag | Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN |
| Yvonne Winkler | Fraktion MitBÜRGER |
| Gernot Nette | AfD Stadtratsfraktion Halle |
| Lars Juister | Sachkundiger Einwohner |
| Hans-Jürgen Krause | Sachkundiger Einwohner |
| Burkhard Lothholz | Sachkundiger Einwohner |
| Franziska Meusel | Sachkundige Einwohnerin |
| Werner Misch | Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:35 Uhr |
| Andreas Müller | Sachkundiger Einwohner |
| Frigga Schlüter-Gerboth | Sachkundige Einwohnerin |
| Stefan Schulz | Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:29 Uhr |

Verwaltung:

| | |
|-----------------------|----------------------------------------------------------------|
| Dr. Bernd Wiegand | Oberbürgermeister |
| René Rebenstorf | Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt |
| Kerstin Ruhl-Herpertz | Leiterin Fachbereich Umwelt |
| Tobias Teschner | Leiter Fachbereich Sicherheit |
| Rita Lachky | Leiterin Fachbereich Einwohnerwesen |
| Dörthe Riedel | Referentin Geschäftsbereich für Stadtentwicklung und Umwelt |
| Manuela Hoßbach | Controllerin Geschäftsbereich des Oberbürger- meisters |
| Sarah Lange | stellvertretende Protokollführerin |

Entschuldigt fehlten:

| | |
|----------------|-----------------------------------------|
| Eberhard Doege | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
|----------------|-----------------------------------------|

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Fritz zur Gebührensatzungsentwicklung**

Herr Fritz sagte, dass sich seine Frage ausschließlich an die Stadträtinnen und Stadträte richtet. Er fragte, ob Vorstellungen bestehen, künftige Satzungsgebungsverfahren im Gebührenrecht anders zu gestalten und die Bürgerbeteiligung mit einzuführen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass sich die Einwohnerfragen in den Ausschüssen an die Verwaltung richten. Des Weiteren teilte er mit, dass Bürgerbeteiligungen jederzeit gegeben und erwünscht sind. Die Kommunalverfassung sieht vor, dass in der Vorbereitung eines Beschlusses Fachleute der Verwaltung die entsprechenden Unterlagen zusammenstellen und dann eine politische Beratung erfolgt. Im Rahmen der Vorberatungen im Ausschuss besteht die Möglichkeit, über die Einwohnerfragestunde Fragen zu stellen und die Verwaltung durch Hinweise anzuregen, die Unterlagen zu prüfen. Ein solcher demokratischer Prozess ist durch die Mitwirkung der Bürger gekennzeichnet.

Herr Fritz sagte, dass sich seine Frage bewusst an die Stadträte und Stadträtinnen gerichtet hat, welche auch in den Ausschüssen direkt an diese gestellt werden können. Der Passus, dass sich die Frage direkt an die Verwaltung richten muss, ist nicht aufgeführt.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Scholtyssek** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Es gab keine Anmerkungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.11.2018

4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04442
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen
Vorlage: VI/2018/04378
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok zur Unterhaltung von Ehrengräbern und zur gemeinsamen Leitstelle
Vorlage: VI/2018/04609
7. Mitteilungen
 - 7.1. Baumfällliste
 - 7.2. Vorstellung der Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt Halle (Saale)
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.11.2018

Es gab keine Anmerkungen, sodass die öffentliche Niederschrift vom 8. November 2018 durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04442**

Frau Ruhl-Herpertz führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Aldag befürwortete den Beschlussvorschlag. Er fragte, ob es eine Mittelbegrenzung pro Projekt geben sollte, wenn die Mittel erhöht werden. Er bat um eine jährliche Berichterstattung, welche Projekte eingereicht werden, welche davon bewilligt bzw. abgelehnt werden.

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine Berichterstattung zu und teilte mit, dass von einer Begrenzung abzuraten ist. Die jährliche Auswertung wird zeigen, ob für die Folgejahre eine Grenze einzuführen ist.

Herr Müller fragte, ob der Eigenanteil von 10 Prozent auch durch körperliche Arbeit erbracht werden kann.

Frau Ruhl-Herpertz bejahte dies.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der Vorlage bat.

zu 4.1 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04442

Abstimmungsergebnis

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis

Stadträtinnen und Stadträte: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in der Stadt Halle (Saale).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen
Vorlage: VI/2018/04378

Herr Aldag bat um Ausführung der Klimamaßnahmen und sagte, dass der Antrag aufrechterhalten bleibt und bat um Zustimmung.

Herr Rebenstorf sagte, dass eine Liste mit den entsprechenden Maßnahmen an die Ausschussmitglieder versandt wurde.

Herr Zwick sagte, dass es für Klimaanpassungsmaßnahmen verlässliche Daten geben muss. Diese Grundlage will die Stadt erarbeiten.

Des Weiteren sagte er, dass der Aufwand zur Pflanzung von 100 Straßenbäumen an Stellen, wo heute noch keine sind, durch den Eingriff in eine geschlossene Straßendecke oder durch Erkundungsverfahren von Leitungen und ähnliches immens ist.

Bezugnehmend auf die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes sagte er, dass die Klimaanpassungsmaßnahmen vollständig integriert sind. Aktuell erfolgt eine redaktionelle Überarbeitung des Konzeptes: wie die Risiko- und Gefahrenbereiche in Halle über Oberflächenabflussmodelle und Thermalbefliegungen, die Auswertung des Stadtklimaprojektes, Hitzeaktionspläne, das Hochwasserschutzkonzept und Regenrückhalten, Entsiegelung und Erweiterung der Fassadenbegrünungsrichtlinie.

Herr Aldag sagte, dass auf der einen Seite noch umfangreiche Daten erhoben werden müssen und auf der anderen Seite bereits Maßnahmen im Klimaschutzkonzept enthalten sind. Er bat um Nennung kleiner Maßnahmen und deren finanzielle Auswirkungen.

Herr Zwick teilte mit, dass erst entsprechende Risikogebiete ermittelt werden müssen, um dann die Maßnahmen an den richtigen Standorten umzusetzen. Daher ist es wichtig, eine Datenbasis zu schaffen, um den Bezug zu den Klimaanpassungen zu erhalten.

Herr Aldag fragte, wann die Datenerhebung abgeschlossen sein wird und Maßnahmen abgeleitet werden können.

Herr Zwick sagte, dass sich die Stadtverwaltung für ein Klimaresilienzprojekt beworben hat, welches bewilligt wurde. In diesem Jahr startet das Projekt und ermöglicht, Geoinformationsdaten zu sammeln und Versicherungsdaten aufzunehmen. Ausgelegt ist das Projekt bis 2021. Er sicherte eine zeitnahe Mitteilung zum Klimaresilienzprojekt im Ausschuss zu.

Herr Aldag fragte, wann im ersten Quartal die ersten umzusetzenden Maßnahmen vorliegen werden.

Herr Zwick antwortete, dass mit dem Eingang des Klimaschutzkonzeptes die entsprechenden Maßnahmen aufgelistet sein werden.

Herr Aldag bat um erneute Vertagung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum März 2019 dem Stadtrat Maßnahmen vorzulegen, die in den kommunal relevanten Handlungsfeldern (Gesundheit, Waldbewirtschaftung, Biodiversität, Natur- und Artenschutz, Stadt- und Landschaftsplanung, Bauwesen und Immobilien, Verkehr und Mobilität usw.) die Stadt widerstandsfähiger gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels (Trockenheit, Hitze, Starkregen) machen.
2. Als erste konkrete Maßnahme im Sinne von Beschlusspunkt 1 pflanzt die Stadt Halle ab dem Jahr 2019 außerhalb von Projekten der grundhaften Straßensanierung und außerhalb von ohnehin vorzunehmenden Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen an geeigneten Standorten und vorrangig in bisher baumfreien Straßen im Stadtgebiet jährlich mindestens 100 neue Stadtbäume.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok zur Unterhaltung von Ehrengräbern und zur gemeinsamen Leitstelle Vorlage: VI/2018/04609

Frau Krischok fragte, warum die angesetzten 8.000 Euro für Maßnahmen an den Ehrengräbern nicht verwendet wurden.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass mehr gärtnerische Kapazitäten im klimatischen Ausnahmejahr 2018 zur Pflege der Gräber gebunden waren. Sie sicherte eine Verbesserung zu.

Frau Krischok fragte, ob die drei unbeantworteten Fragen zur Leitstelle noch beantwortet werden.

Herr Teschner antwortete, dass die Zahl der Disponenten gleich bleibt, einmal für den Brandschutz und Rettungsdienst und für den Ordnungsbereich. Die Stellen- und Aufgabensituation sowie die Personalkosten verändern sich nicht.

Frau Krischok sagte, dass im Haushaltsplan nicht erkennbar ist, wie viele Personalstellen dahinter stecken.

Herr Teschner schlug vor, die einzelnen Disponenten vorzustellen.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Anmerkung: Die Baumfällliste ist in Session hinterlegt.

Frau Krischok fragte, an welcher Stelle das Mehrfamilienhaus in der Mansfelder Straße entstehen soll.

Herr Rebenstorf antwortete, dass sich der Standort auf der linken Seite, bevor man die Halorenbrücke Richtung Salzgrafenplatz überquert, befindet.

Herr Aldag fragte, ob es sich um eine aktuelle Liste handelt, da das Datum auf dem Dokument der 13. November 2018 ist.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass es sich um einen redaktionellen Fehler handelt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Vorstellung der Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt Halle (Saale)

Herr Pleyer stellte anhand einer Präsentation die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt Halle (Saale) vor.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Misch bat darum, die Präsentation den sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Frau Schlüter-Gerboth fragte, ob die Daten der Deutschen Bahn bei der Lärmkartierung integriert sind.

Herr Pleyer verneinte dies und sagte, dass die Lärmarten einzeln kartiert sind.

Frau Ruhl-Herpertz ergänzte, dass das Gesetz keine Addition der verschiedenen Lärmarten vorsieht und eine separate Betrachtung erfolgt.

Herr Müller fragte, wie sich die Lärmentwicklungen auf den Hochstraßen und den höherliegenden Straßenteilen (Rossplatz) darstellen. Des Weiteren fragte er, ob die Lärmentwicklung des neuen Güterbahnhofes mit eingeflossen ist.

Herr Pleyer antwortete, dass die hohen Punkte in ihrer Höhe als Emittent betroffen sind und die Emissionshöhe nach Vorschrift bei 4 Metern liegen. Die Lärmkartierung wurde vor Inbetriebnahme der Zugbildungsanlage abgeschlossen.

Herr Juister fragte, ob die Datenlage der Schienen sich ausschließlich auf den Straßenbahnverkehr beziehen.

Herr Pleyer bejahte dies.

Herr Juister fragte, ob Einzelfälle, wie Konzerte in ruhigen Gebieten Auswirkungen haben.

Herr Pleyer antwortete, dass Veranstaltungen nicht erfasst werden.

Herr Juister fragte, wie der Belastungswert berechnet wird.

Herr Pleyer antwortete, dass die Werte nach der vorläufigen Berechnungsmethode zur Ermittlung der Belastetenzahlen durch Umgebungslärm (VBEB) berechnet werden. Dabei handelt es sich um statistisch ermittelte Werte.

Frau Ruhl-Herpertz schlug vor, die genaue Berechnung nach Terminvereinbarung bei sich im Fachbereich zu erläutern.

Frau Winkler fragte, ob die Kartierung weiter gepflegt wird.

Herr Pleyer antwortete, dass die Daten alle fünf Jahre überprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden.

Herr Lothholz fragte, ob die angedachte nächtliche Geschwindigkeitsreduzierung schon umgesetzt wird.

Herr Pleyer antwortete, dass sich der Vorgang noch in Prüfung befindet und ergänzte, dass in der Regel eine Pegelminderung von 2,7 dBA bei einer Reduzierung von 50 auf 30 km/h verzeichnet wird.

Frau Ruhl-Herpertz sagte, dass die Grundlage für eine straßenverkehrsrechtliche Anordnung nur eine Berechnung nach nationalem Recht sein kann.

Herr Scholtyssek merkte an, dass eine Überprüfung der berechneten Daten bei der Umsetzung einer solchen Geschwindigkeitsreduzierung erfolgen sollte.

Frau Schlüter-Gerboth regte an, die vorliegenden Daten der anderen Lärmarten mit zu kartieren.

Herr Pleyer zeigte am Beispiel der Merseburger Straße, dass der Pegel bei über 75 dBA liegt. Zu sehen ist, dass die Lärmkarten der Straßenbahnen nicht solche Auswirkungen haben und somit ins Irrelevanzkriterium fallen.

Herr Bartl merkte an, dass die Lärmaddition asymptotisch ist und keine Verdopplung der Lärmwerte erfolgt. Eine Trennung der unterschiedlichen Lärmarten ist somit möglich.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information zum Weihnachtsmarkt 2018

Anmerkung: Die Information ist in Session hinterlegt.

Herr Bernstiel fragte, ob prognostiziert werden kann, ob auf die Poller 2019 verzichtet werden kann.

Herr Teschner antwortete, dass noch keine Prognose abzusehen ist.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Information zum Feinstaub

Frau Ruhl-Herpertz informierte, dass der Jahresmittelwert bei den Stickstoffdioxiden am Hotspot Paracelsusstraße kontinuierliche auf 40 Mikrogramm pro Kubikmeter gesunken ist und somit der Grenzwert in Halle eingehalten ist.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Information zum Beirat Ehrengräber

Frau Ruhl-Herpertz informierte, dass die Geschäftsordnung für den Beirat Ehrengräber mit der Einladung zur nächsten Sitzung am 12. Februar 2019 versandt wurde.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Information zur Radwegebenutzungspflicht

Herr Teschner informierte, dass das Urteil in Leipzig zur Radwegebenutzungspflicht nicht auf die halleschen Umstände übertragbar ist. Ausschlaggebend sind konkreten Umstände im Einzelfall.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Krischok zum Waldbeirat

Frau Krischok sagte, dass der Antrag zum Waldbeirat in der Dezember-Stadtratssitzung verwiesen wurde und fragte, warum dieser nicht auf der heutigen Tagesordnung stand.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.2 Frau Krischok zur Grünflächenkonzeption

Frau Krischok sagte, dass die Grünflächenkonzeption im Januar 2019 in den Gremienlauf eingebracht werden sollte und fragte, wann die Vorlage eingebracht wird.

Herr Rebenstorf sicherte eine zeitnahe Fertigstellung zu.

zu 8.3 Frau Krischok zur Kleingartenkonzeption

Frau Krischok fragte, wann die Vorlage zur Kleingartenkonzeption in den Gremienlauf gebracht wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass noch kein genaues Datum für 2019 genannt werden kann.

zu 8.4 Frau Krischok zu einer Anregung im Stadtrat November

Frau Krischok nahm Bezug auf eine Anregung von Frau Krimmling in der November-Stadtratssitzung (TOP 13.2) zum Fahrradverkehr am Hauptbahnhof/ Ernst-Kamieth-Straße. Sie fragte nach dem aktuellen Stand.

Die Anregung wurde mündlich im Hauptausschuss beantwortet.

zu 8.5 Frau Krischok zur Internetseite des Oberbürgermeisters

Frau Krischok sagte, dass sie auf der Website des Oberbürgermeisters mehrere interessante Themen entdeckt hat. Sie fragte nach den Ideen für Gehwegpatenschaften. Des Weiteren bat sie um Ausführung zur Aufstellung von Bänken und Schaffung neuer öffentlicher Toiletten, als auch eines Gefahrenabwehrzentrums.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass das Gefahrenabwehrzentrum entwickelt wird. Dazu gehört die Zusammenführung der Leitstellen. Die Gehwegpatenschaften sind immer in der Diskussion. Jeder Bürger hat die Möglichkeit, der Verwaltung solche Vorschläge zu unterbreiten, dazu bedarf es keiner Konzeption. Der Bürger stellt einen Antrag, welcher durch die Verwaltung geprüft wird. Anschließend erhält der Bürger eine Information von der Verwaltung.

Frau Krischok fragte, ob es bereits Gehwegpatenschaften gibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verneinte dies.

Frau Winkler fragte, was man sich unter einer Gehwegpatenschaft vorstellen kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass man sich überlegt für den Gehweg beispielsweise vor seinem Haus eine Patenschaft zu übernehmen und diesen Gehweg dann pflegt, säubert und mit Blumen versieht. Es gibt viele Möglichkeiten.

Frau Winkler fragte, ob das nicht den örtlichen Gesetzen widerspricht, wenn man Blumen anpflanzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass man über jeden Freiwilligen dankbar ist.

zu 8.6 Herr Lothholz zum Thalia Theater Halle

Herr Lothholz fragte, ob die technischen Anlagen im Thalia Theater Halle noch vom TÜV geprüft werden oder stillgelegt sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.7 Herr Lothholz zu Herbiziden

Herr Lothholz sagte, dass auf befestigten Wegen der Einsatz von Herbiziden verboten ist. Er fragte, ob dieses Verbot durch die Stadt geprüft wird.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass es dazu einen Zeugen zum Beweis bedarf.

zu 8.8 Herr Lothholz zur Grundschule Hans Christian Andersen

Herr Lothholz berichtete, dass das Vorbeifahren an der Hans Christian Andersen Grundschule am frühen Morgen nicht möglich ist, da die Fahrzeuge den kompletten Fahrradweg und die Zufahrt zur Feuerwehr zuparken. Er fragte, ob der Vorfall bekannt ist und durch das Ordnungsamt geprüft werden kann.

Herr Teschner antwortete, dass regelmäßig Kontrollen des ruhenden Verkehrs durchgeführt werden und sicherte eine gezielte Kontrolle an dieser Schule zu.

zu 8.9 Herr Lothholz zu Verkehrszahlen

Herr Lothholz fragte nach der zugesicherten Antwort der Verkehrszahlen der B6 und der B100.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Antwort zeitnah versandt wird.

zu 8.10 Herr Aldag zum Teich Mötzlich

Herr Aldag fragte nach der zugesicherten Antwort zur Säuberung des Teiches in Mötzlich.

Die Ausschussmitglieder informierten, dass die Antwort bereits zugegangen ist.

zu 8.11 Herr Aldag zur Brücke an der Moritzburg

Herr Aldag sagte, dass bei der Frage zur Anbringung eines Radschutzstreifens an der Giebichensteinbrücke die Moritzburgbrücke gemeint war und bat um erneute Beantwortung.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.12 Herr Aldag zur Lafontainestraße

Herr Aldag sagte, dass seit Mai 2017 Ersatzpflanzungen in der Lafontainestraße ausstehen. Er fragte, wann die Umsetzung erfolgt.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.13 Herr Aldag zu Ersatzpflanzungen im Südpark

Herr Aldag nahm Bezug auf die erhaltene Antwort zu den Ersatzpflanzungen im Südpark. Er teilte mit, dass in einer Antwort vom Landtag die Aussage getätigt wurde, dass die Anordnung der Ersatzpflanzungen gemäß § 17 Abs. 6 Bundesnaturschutzgesetz durch den Präsidenten des Landesverwaltungsamtes, gegenüber der Stadt Halle vom Juni 2015 folgende Maßgaben erhielt: Für die Pflanzungen ist für die Stadt Halle eine 5-jährige Anwuchs- und Entwicklungspflege, gemäß den Empfehlungen der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung- und Landschaftsbau e. V. sicherzustellen. Die Aufforstung ist durch die Stadt Halle dauerhaft zu erhalten. Daraus ergibt sich die Verpflichtung der Stadt Halle die Anpflanzungen dauerhaft zu erhalten und bei Teil- oder Totalausfall zu ersetzen.

Er sagte, dass sich diese Aussage mit der Antwort der Stadtverwaltung Halle widerspricht.

Herr Rebenstorf bat um Übersendung des Antwortschreibens des Landtages und sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.14 Herr Aldag zu Ersatzpflanzungen im Südpark

Herr Aldag sagte, dass die Ersatzpflanzungen im Südpark, durch Wildverbiss und Trockenheitsschäden nicht mehr vorhanden sind. Nun sind im Dezember Eicheln gesteckt wurden. Er sagte, dass dies kein adäquater Ersatz ist und bat um Stellungnahme.

Herr Rebenstorf teilte mit, dass der Beginn der Vegetationszeit abgewartet wird. Das heißt, der Standort wird im Frühjahr begutachtet und entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Vorsorglich wurde eine kleine Maßnahme durchgeführt.

zu 8.15 Herr Aldag zur Geiststraße

Herr Aldag sagte, dass in der Geiststraße viele lose Pflastersteine entlang der Straßenbahnschiene liegen und dadurch eine erhöhte Unfallgefahr für Fahrradfahrer besteht. Er fragte, ob eine Ausbesserung erfolgt.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.16 Herr Müller zum Flurstück 54.07

Herr Müller sagte, dass die Deckschicht des Weges zur Voßstraße teilweise nicht vorhanden ist und sich Ablagerung von Schlamm und Laub darauf bilden. Er fragte, ob die Stadtverwaltung im Sinne der Gefahrenabwehr tätig wird.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.17 Herr Misch zur Schwelereistraße

Herr Misch sagte, dass die Schwelereistraße eine Verbindungsstraße zwischen der Schmelzerstraße und Am Tagebau ist. Er fragte im Interesse der Bewohner, ob die Straße in einen verkehrsberuhigten Bereich umgeändert werden kann.

Herr Teschner sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.18 Herr Misch zur Straßenverbindung von Trotha nach Seeben

Herr Misch sagte, dass auf der Straße von Trotha nach Seeben ein Teil der Straße nicht beleuchtet ist und bat um Überprüfung.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.19 Herr Misch zum Feldrain

Herr Misch sagte, dass sich ein großes Schlagloch mittig auf der Straße Feldrain befindet und dass ein Ausweichen mit dem Fahrzeug nur über den Fußweg möglich ist. Er fragte, ob eine Reparatur erfolgt.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Koehn zu Unfallaufnahmen der Polizei

Herr Koehn regte an, dass die Stadtverwaltung auf die Polizei einwirkt, dass die Beamten bei der Unfallaufnahme im fließenden Straßenverkehr Warnwesten tragen, da die dunkle Uniform im Dunkeln schwer wahrnehmbar ist.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Scholtyssek beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Andreas Scholtyssek
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
stellvertretende Protokollführerin